

CRENZEN TÖTEN



GRENZEN TÖTEN



Einleitung (2)

Grundlagen

Verhältnis von Nationalstaat und Kapitalismus (5)

Verhältnis von Kapitalismus und Flucht (9)

Auswirkungen

Wie konnte es so weit kommen? (12)

Repression und das unterdrückende System oder

"Wer profitiert davon?" (21)

Schlusswort

Warum den Kampf nicht aufgeben? (23)



Extra

Demosprüche (28)

Einleitung

Mai 2021, seit mehr als einem Jahr leben wir bereits im Ausnahmezustand. Und zugegeben, die Maßnahmen einzuhalten wird langsam anstrengend. Doch es geht ja schließlich darum Menschenleben zu retten, das sind die Entbehrungen und den Extraaufwand selbstverständlich wert! Angesichts der vielen Toten, ist es doch unsere Verantwortung in dieser schlimmen Zeit, manche Behaupten gar "schlimmsten seit langem", zusammenzuhalten. Als Gesellschaft, als Menschheit!



Selbstverständlich stimmt das. Doch was ist mit den unzähligen Menschen, welche schon vor der Pandemie täglich direkt vor unserer sprichwörtlichen Haustür ihr Ende gefunden haben? Mit den Ertrunkenen, Erschossenen, Verhungerten und Verdursteten? Mit denen die ihr Dasein in menschenunwürdigen Lagern fristen, die irgendwo auf der Flucht in ein vermeintlich besseres Leben Menschenhändler*innen in die Hände gefallen oder zur unzumutbaren Tätigkeiten gezwungen worden sind.



Wo liegt der Unterschied? Sind das nicht auch Menschen, mit denen wir solidarisch sein sollten? Klar.

Vor sechs Jahren war der Aufschrei groß. Um gegen die humanitäre Katastrophe im Zuge der Fluchtbewegung anzukommen wurden 2015 vielerorts, fast über Nacht, Notunterkünfte errichtet. Menschen gründeten Initiativen und sogar konservative Politiker*innen waren sich einig: "Wir schaffen das!". Ausgezeichnet! Thema erledigt. Die Durchschnittsgesellschaft konnte sich zufrieden auf die Schulter klopfen, denn



schließlich hatten wir ja etwas erreicht: Wir hatten bewiesen, wie wohlütig und großzügig wir sind. Die Einzigen, die sich daran störten? Ein paar vereinzelte, rechte Hetzer. Aber diese Außenseiter hatten ja sowieso nichts zu melden. Ein weiterer sonniger Tag im schönen Europa.

Der einzige Schönheitsfehler: auch wenn die damals gesetzten Schritte vielen Geflüchteten geholfen haben, war es damit eben nicht getan. Die Fluchtursachen bestanden weiter und zwangen Tag für Tag, Jahr um Jahr, Menschen dazu, ihre Herkunftsorte zu verlassen und sich auf den lebensgefährlichen Weg an einen sicheren, lebenswerten Ort zu machen. Nach Europa.



Die Rechte benutzte das um ihre Ideologie zu verbreiten. Indem sie den Leuten, entgegen aller Fakten, einredete, "die" wollen ihnen etwas wegnehmen, bediente sie sich einer tief verwurzelten Angst der, auf Konkurrenzdenken konditionierten, kapitalistisch geprägten Gesellschaft und schaffte es mehr und mehr Macht zu gewinnen.



Die Auswirkungen des Rechtsrucks sind drastisch: Zum ersten Mal seit Jahren gibt es geschlossene Grenzen innerhalb der EU. Die Politik brüstet sich damit die "Balkanroute" geschlossen zu haben, was die Flüchtenden auf den viel gefährlicheren Weg übers Mittelmeer zwingt. Dort wird Schiffen verboten die Menschen von den kleinen Booten zu retten. Mit FRONTEX wird eine EU-Behörde gegründet, deren Aufgabe es ist "illegale Einreisen" zu verhindern, was unter anderem durch das Kentern kleiner Boote umgesetzt wird - Leichen reisen schließlich nicht ein. Die EU-Regierung ar-



beitet mit Staaten zusammen, in denen nachweislich Menschenrechtsverstöße begangen werden, weil diese ihnen die Geflüchteten vom Hals halten. Auf Inseln im Mittelmeer entstehen Massenlager, gefüllt mit Menschen, die die Flucht zwar, allen Widrigkeiten zum Trotz, überlebt haben, jetzt aber dort festgehalten werden, damit



sie es nicht aufs Festland schaffen. Und sogar wenn es irgendwem gelingt in ein EU-Land, wie Österreich, zu kommen und um Asyl anzusuchen warten dort, statt wie zuvor Notquartiere und Unterstützungsangebote, beim Start ins neue Leben, "Rückkehrzentren", schikanöse Asylverfahren und Abschiebungen. Alles im Namen der Sicherheit, versteht sich.



Der Sicherheit der Privilegierten, die nachdem sie jahrhundertlang die ganze Welt ausgebeutet, ihre Ressourcen privatisiert und ihre Natur zerstört haben nun den gestohlenen Reichtum nicht teilen wollen. Alles, praktisch, außer Sichtweite und hinter verschlossenen Türen.



Was bleibt sind die, die Freunde und Familie verloren haben und die, die das alles so nicht mehr hinnehmen wollen.

Natürlich sehen die Regierenden es nicht gern wenn wir versuchen unseren Anliegen Gehör zu verschaffen. Schließlich soll ja auch alles weiterhin den Anschein von Menschlichkeit, Ordnung und natürlich Sicherheit haben.

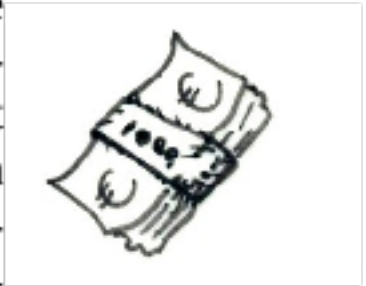
Zerschlagungen von Protest, wie die der "Grenzen Töten"-Demo in Innsbruck, am 30.01.2021, welche den Anstoß für dieses Zine gab, haben System. Welches genau versuchen wir hiermit zu ergründen.



Grundlagen

Das Verhältnis von Nationalstaat und Kapitalismus

Der Nationalstaat hat in Verbindung mit seinem sogenannten „Volk“ in der Entwicklung des Kapitalismus schon immer eine widersprüchliche Rolle gespielt. Einerseits hat er die Funktion, die stetige Akkumulation [1] und Verwertung [2] von Kapital zu stabilisieren und andererseits wird seine demokratische Handlungsmacht durch diese Prozesse untergraben. Die Entwicklung des Kapitalismus hängt stark mit der Entwicklung einer parlamentarischen „Demokratie“ innerhalb eines territorial abgegrenzten Gebiets, das sich durch liberale Abwehrrechte seiner Bevölkerung gegenüber legitimiert, zusammen und kann auch nur durch den Nationalstaat verstanden werden. Dabei brachte der Kapitalismus selbst nicht den zentralisierten Gewaltapparat hervor. Dieser entstand im Rahmen der Monarchien, welche die Grundlage der nationalen Ökonomien schufen. Erst durch territorial abgegrenzte und zentral regierte Räume konnte die Infrastruktur für die Kapitalakkumulation und die militärische Macht zur Kapitalexpansion geschaffen werden. Die Kolonien und globalen Handelsbeziehungen vor der Entstehung des Industriekapitalismus waren entscheidend für die Industrialisierung und Akkumulation des Kapitals.



Mit dem Übergang des sozialen Wohlfahrtsstaats zu einem neoliberalen Sicherheitsstaat wurde die Rolle des Staates gegenüber dem Kapital nicht eingeschränkt sondern verlagert. Der Deregulierung und Liberalisierung der Märkte – insbesondere der Finanzmärkte – steht ein wachsender staatlicher Repressionsapparat gegenüber der den ne-



gativen Konsequenzen der Verschlechterung ehemals sozialer Sicherheiten gewaltsam begegnen muss. Während die globale Handlungsfähigkeit des Kapitals über Staatsgrenzen hinweg verbessert wird, werden diese Grenzen immer stärker gegen den Verkehr von Menschen geschützt. Die westliche Kultur wird in den Himmel gelobt aber zeitgleich wird ihr Untergang durch äußere Mächte wie Flüchtende, die EU-Bürokratie, den Islam und die Bekämpfung von Sexismus und Rassismus herbei geschworen. Die konservativen und rechten Kräfte berufen sich dann auf demografischen Wandel, Werteverlust und Traditionsabbau als Ursache. Doch eines ist den bürgerlichen Wähler*innen und wahrscheinlich auch bürgerlichen Politiker*innen nicht bewusst: Es ist ihre neoliberale Wirtschaftspolitik, die ein global agierendes Kapital fördert das immer weiter in individuelle Lebenssituationen eindringt, Nachfrage nach sinnlosen Produkten erzeugt und moralische Normen verwässert. In dieser Lage befinden wir uns heute.

Es ist aber falsch dem Sozialstaat der Zeitspanne 1945-1970 nachzujammern, da der Kapitalismus aufgrund seiner Notwendigkeit der Kapitalakkumulation und -verwertung nicht reformiert werden kann. Früher oder später führen seine Widersprüche zu Krisen, die zu Änderungen der Wirtschaftsform führen um die Wirtschaftsordnung zu erhalten. Diese Veränderungen müssen von einem Staat getragen werden der einerseits Zwangsapparat und andererseits ideologischer Apparat ist. Der bürgerlich-kapitalistische Staat ist der Garant dafür, dass das System überlebt. Es kann keinen „freien“ Markt bzw. eine unabhängige Marktwirtschaft geben und es kann keinen Arbeiter*innenstaat geben. Er ist kein Klasseninstrument, sondern ein historisches Projekt des Erhalts gewisser gesellschaftlicher Verhältnisse, die von sozialen Kämpfen bestimmt sind. Auch Sexismus und Rassismus sind, nicht nur aufgrund ihrer historischen Ausprägung, sondern auch prinzipiell mit der Entste-



hung der heutigen Staaten verbunden. Die kapitalistische Trennung von Staat und Gesellschaft, Öffentlichkeit und Privatleben, Politik und Alltag ist einer der Grundpfeiler strukturellen Sexismus und Rassismus.

Der bis dato häufig unangefochtene Status von Nationalstaat und dazugehörigem „Volk“ wackelt in der heutigen Zeit. Wirtschaftsstandorte mit günstigen sozio-ökonomischen Bedingungen und einer Infrastruktur, die Innovationen zur fortschreitenden Kapitalverwertung ermöglichen, ersetzen staatlich abgegrenzte Wirtschaftsräume. Diese Standorte sind in ihrem Reichtum und ihrer Wirtschaftsmacht von internationalen Geldströmen abhängig, was die Nationalstaaten dazu verdammt vor multinationalen Konzernen niederzuknien und sie darum zu bitten, sich in ihrem Land niederzulassen. Die Nationalstaaten werden zum Spielball des internationalen Finanzkapitals. In Kombination mit demografischen Veränderungen aufgrund der Klimakrise und destabilisierten politischen Situationen, die zu Bürgerkriegen und Fluchtbewegungen führen – die auch von der Dynamik des Kapitals verursacht wurden – ergibt sich das perfekte Rezept für Rechtspopulismus und Nationalismus. Die arbeitende Klasse sehnt sich nach einer Zeit, in der sich die Sozialdemokratie nicht vollständig von internationalen Finanzmärkten knechten hat lassen; eine Zeit sozialer Leistungen innerhalb eines klar definierten sozialen und territorialen Umfelds. Von dieser Vorstellung müssen wir uns verabschieden. Schon deshalb, weil die heutige Form des Kapitalismus durch die unabwendbare Krise der vorhergehenden Form verursacht wurde.

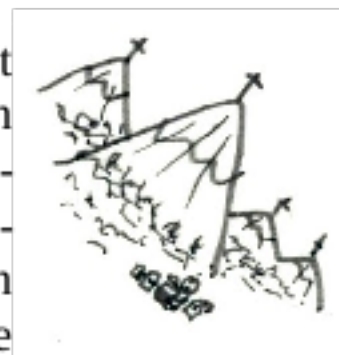


er Infrastruktur, die Innovationen zur fortschreitenden Kapitalverwertung ermöglichen, ersetzen staatlich abgegrenzte Wirtschaftsräume. Diese Standorte sind in ihrem Reichtum und ihrer Wirtschaftsmacht von internationalen Geldströmen abhängig, was die

Nationalstaaten dazu verdammt vor multinationalen Konzernen niederzuknien und sie darum zu bitten, sich in ihrem Land niederzulassen. Die Nationalstaaten werden zum Spielball des internationalen Finanzkapitals. In Kombination mit demografischen Veränderungen aufgrund der Klimakrise und destabilisierten politischen Situationen, die zu Bürgerkriegen und Fluchtbewegungen führen – die auch von der Dynamik des Kapitals verursacht wurden – ergibt sich das perfekte Rezept für Rechtspopulismus und Nationalismus. Die arbeitende Klasse sehnt sich nach einer Zeit, in der sich die Sozialdemokratie nicht vollständig von internationalen Finanzmärkten knechten hat lassen; eine Zeit sozialer Leistungen innerhalb eines klar definierten sozialen und territorialen Umfelds. Von dieser Vorstellung müssen wir uns verabschieden. Schon deshalb, weil die heutige Form des Kapitalismus durch die unabwendbare Krise der vorhergehenden Form verursacht wurde.



Der bürgerlich-kapitalistische Nationalstaat folgt keiner eindeutigen Logik, keiner vorgegebenen Entwicklung, sondern ist immer das Produkt sozialer Kräfteverhältnisse; ja er besteht sogar darin, soziale Kräfteverhältnisse zu repräsentieren und ist damit keine geschlossene Einheit. Diese Kräfte sind meist widersprüchlich und konkurrieren miteinander, da sie als Stützpunkte von Klassen oder Teilen von Klassen fungieren. Der Staat ist immer ein Klassenstaat. Das drückte sich in der Zeit von 1945-1970 in Österreich in der Form der Sozialpartnerschaft besonders aus. Die Sozialpartnerschaft ist nämlich nichts anderes als institutionalisierte Klassenbeziehungen; Klassenkompromiss von oben statt Klassenkampf von unten. Der Nationalstaat war nie mehr als ein Mittel den Kapitalismus gewaltsam und ideologisch aufrechtzuerhalten und an gesellschaftliche Veränderungen anzupassen.



Die Globalisierung und die damit verbundenen Veränderungen der Nationalstaaten folgen allerdings nicht einer vorgegebenen Logik des Kapitals, sondern sind ein ökonomisches Projekt das immer noch umkämpft ist. Das Gesamtsystem aus Staat, bürgerlicher Demokratie und Kapitalismus muss überwunden werden um eine gerechte und ökologische Zukunft zu schaffen. Soziale Kämpfe und direkte Demokratie sind der Schlüssel dazu. Auch wenn ökologische, ökonomische und soziale Krisen kurzfristig durch staatliche Maßnahmen abgeschwächt werden können und ein öko-sozialer Staat einem neoliberalen Sicherheitsstaat vorzuziehen ist, muss jeder Staat auf lange Sicht abgeschafft werden.



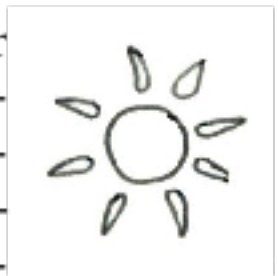
Verhältnis von Kapitalismus und Flucht

Noch nie waren so viele Menschen wie jetzt weltweit auf der Flucht. Die Gründe dafür können die verschiedensten sein. Zurückzuführen sind sie aber alle immer wieder auf die kapitalistischen Zustände und Zuspitzungen sowie die Folgen des europäischen Kolonialismus und seiner Fortführung unter anderem Namen.

Die fünf häufigsten Fluchtursachen sind Perspektivlosigkeit und Armut, Umweltzerstörung und Klimawandel, Krieg und Gewalt, Diskriminierung und Verfolgung, Rohstoffhandel und Landraub.

Die 42 reichsten Menschen besitzen so viel wie die 3.700.000.000 ärmsten Menschen aufgrund der Kapitalakkumulation und der inhärenten Ausbeutung im kapitalistischen Systems.

18,8 Millionen Menschen wurden 2017 weltweit zur Flucht gezwungen weil ihre Heimat durch die direkten Folgen des Klimawandels - selbst nur ein Ausdruck der zerstörerischen kapitalistischen Verwertungslogik bis hin zur endgültigen Vernichtung - zerstört wurde.

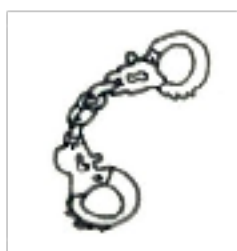


In jedem 7. Land der Welt gibt es Krieg oder bewaffnete Konflikte. Meistens angestachelt von den westlichen Industrienationen im Kampf um die lokalen Ressourcen in verschiedenen Gebieten. In Anbetracht potentieller Profite reißen sich die Länder in Europa und Nordamerika beinahe schon darum welche Gruppe an Fundamentalist*innen sie mit Waffen und Geld unterstützen können um dann Ressourcen und billige Arbeitskraft - im besten Fall die Arbeitskraft der knapp 50 Millionen



Sklaven weltweit (meistens Kinder und FLINTA) - abgreifen zu können. Krieg am anderen Ende der Welt für die Bewahrung der Sicherheit unserer Konsumgesellschaft!

Die Rohstoffprivatisierung und der Landraub zeigt sich daran, dass die zehn ärmsten Länder allesamt reich an den verschiedensten Rohstoffvorkommen sind - aber anstatt die Rohstoffe einfach im Boden zu lassen oder den Leuten, die in den Regionen wohnen, ihr Land zu lassen ist es den westlichen Konzernen (mit tatkräftiger Unterstützung der Nationalstaaten natürlich) nicht zu mühsam den Menschen das Land zu nehmen, sie zu verjagen, und wenn sich die Menschen nicht von den neuen kolonialen Kräften, in der Form von Großkonzernen, verjagen lassen wollen, dann sind sie sich auch nicht zu schade sich die Hände blutig zu machen.



In drei von fünf Ländern weltweit werden Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Menschseins in den verschiedensten Formen systematisch gefoltert und misshandelt. Alles unter der Aufsicht der westlichen sogenannten "Ordnungskräfte"

- sie sorgen für Ordnung in ihrer westlichen ach-so-schönen Welt auf Kosten der Unterdrückung anderer Menschen weltweit. Ganz nach dem alten Motto "Teilen und Herrschen" spalten die neuen kolonialen Kräfte Gesellschaften auf der ganzen Welt und unterstützen immer die Seite der Herabwürdigung, der Vereinzelung und der Gewalt um die Kontrolle zu behalten.



Alle diese Fluchtursachen, und die abertausenden individuellen Gründe die die Menschen haben, führen dazu, dass fast jeder 100. Mensch einmal im Leben fliehen muss. Das bedeutet, dass alle zwei Sekunden ein Mensch zur Flucht gezwungen wird.

Wie viel Leid dadurch entsteht ist unermesslich. Aber auch wenn dieses Leid die direkte und logische Konsequenz der westlichen,



kapitalistischen Lebensweise ist, ist es für die EU praktischer die Menschen an der Außengrenze sterben zu lassen oder sie direkt zu ermorden anstatt diese Ursachen anzugehen oder die eigene Lebensweise zu überdenken.

[1] Kapitalakkumulation bezeichnet nach Marx den Prozess, bei dem ein Teil des von Arbeitenden in der Produktion erschaffenen Mehrwerts in Kapital der Unternehmer-Klasse verwandelt wird, was auf lange Sicht zur Zentralisierung von Macht und Geld führt.

[2] Kapitalverwertung ist in der marxistischen wirtschaftlichen Theorie die Steigerung des Werts von bestehendem Kapital durch die Veränderung des Produktionsprozesses; vorangetrieben und stabilisiert durch Marktausweitung, technologische Innovationen, Ausbeutung und Globalisierung.

Alle Zahlen und Statistiken sind aus den Berichten der UNHCR und dem Global Slavery Index entnommen.



Auswirkungen

Wie konnte es soweit kommen?

Wie konnte es dazu kommen, dass wir jetzt beinahe jede Woche davon hören wie Menschen abgeschoben werden, wie sie aus ihrem Freundeskreis, ihren Familien, ihrem Umfeld gerissen werden? Wie kommt es dazu, dass auch in Zeiten der internationalen Pandemie, Leute zwar nicht in andere Länder reisen sollen, es aber für diesen Staat anscheinend ok ist Kinder mit geladenen Sturmgewehren vom Esstisch aus ihren Familien rauszureißen und dann mit Militärflugzeugen in ein anderes Land zu bringen?



Die Antwort darauf ist hoch komplex und trotzdem fast schon zu einfach: natürlich ist es kaum möglich alle Verflechtungen aufzuzeigen, die dafür notwendig sind – allerdings ist es sehr einfach die Schuldigen für diese Verbrechen an der Menschlichkeit zu benennen:

Der Staat. Die Politiker*innen und die, die sie unterstützen. Die Behörden, die meinen über Menschenleben entscheiden sie mit Papierkram und formellen Verhören. Die Bürokratie und die rassistische Grundhaltung, die jedem Staat innewohnt.



Die Handlanger des Staates. Also Polizist*innen, Militärs, und all jene die dem Staat und dem was er sagt hirnlos hinterherlaufen. Fakt ist, ohne diese Menschen würde dem Staat die Grundlage fehlen, diese Verbrechen überhaupt zu begehen. Es heißt nicht automatisch, dass alle Polizist*innen rassistische Mörder*innen sind weil sie Menschen, die hier in Sicherheit leben mit Waffengewalt in Kriegsgebiete



- in Gebiete die von unserer klimafeindlichen Lebensweise zerstört sind und in Armut hinein – abschieben, wissend, dass Menschen dort auch sterben werden. Aber auch wenn es das nicht automatisch heißt, so ist das implizit doch genau das, was ihr Job aussagt. Kein Mensch muss Bulle sein! Aber die, die es sind, haben sich freiwillig dafür entschieden das zu unterstützen, es aktiv zu befeuern und auch durchzuführen. Und dabei ist es egal, ob es die Polizist*innen sind, die dann mit Waffen im Wohnzimmer einer Familie auftauchen oder ob sie scheinbar nur im Büro sitzen. Sie alle haben sich dafür entschieden. Sie alle sind Schuld daran, dass solche Dinge passieren. Alle? Ja alle!



Alle Stammtisch-Patrioten, rechten Hetzer, (Alltags)-Rassist*innen. Alle die, die mit ihrem beschissenen Leben nichts Besseres anzufangen wissen als gegen andere zu hetzen, die sie gar nicht kennen. Entweder aus einer jämmerlichen Existenz heraus oder aus politischem Kalkül meinen sie ihren eigenen Wert nur aus der Herabwertung anderer zu definieren.

Alle die nichts dagegen tun. Ja es ist leicht, sich an den Menschen auszulassen, die aktiv an Abschiebungen und dem rassistischen System dahinter beteiligt sind. Aber es greift auch zu kurz. Zumindest eine Mitschuld haben auch all jene zu tragen, die nicht aktiv dagegen aufbegehren und im Rahmen ihrer Möglichkeit gegen diese Verbrechen des Staates ankämpfen: Wer schweigt stimmt zu! Auch nur in deinen Gedanken dagegen zu sein hilft den Menschen, die abgeschoben werden nicht weiter. Du musst aktiv aufstehen, deinen Arsch hochkriegen, gegen diese Verbrechen vorgehen. Das bedeutet auch aktiv gegen die oben genannten Verantwortlichen zu sein: Also gegen den Staat, in dessen Interesse es ist



abzuschieben. Gegen die Polizist*innen, die aktiv Familien und Menschenleben zerstören (nicht nur bei Abschiebungen sondern auch in ihrer „alltäglichen“ Tätigkeit). Gegen die Hetzenden und Rassist*innen wo auch immer sie dir begegnen. Wo auch immer diese Gruppen auftauchen: Die erste Pflicht ist ihnen zu zeigen, dass sie Probleme bekommen. Dass wir ihr Dasein in dieser Form nicht dulden werden – vor allem nicht, wenn sie Menschen abschieben.

Wir alle haben in der ein oder anderen Form Kontakt mit diesen Schuldigen. Manchmal haben wir das aktiv: zum Beispiel gerade die Stammtisch-Patrioten sitzen auch in unseren Klassen und unterrichten uns. Mit den Handlangern des Staates haben wir immer Kontakt, wenn sie meinen uns aufgrund unseres Aussehens zu kontrollieren; wenn wir gegen ihre Abschiebungen und Verbrechen laut sind und sie uns dafür mit Gewalt kommen. Vielleicht hast du damit noch keine Erfahrungen gemacht – und das ist gut für dich – es heißt aber mit hoher Wahrscheinlichkeit, dass du entweder privilegiert genug bist um als weiße, mitteleuropäische Person gelesen zu werden oder, dass du nicht gegen diese Verbrechen aufbegehst. Und selbst dann wollen sie dich durch ständige Kontrolle beherrschen, auch wenn du diese vielleicht nicht immer sofort siehst. Manchmal ist dieser Einfluss auf den ersten Blick passiv – er wirkt sich aber dann aktiv auf unser Leben aus: Dazu, in einem Staat zu leben sind wir alle gezwungen. Auch er dient nur dazu uns zu kontrollieren, uns zu funktionierenden aber unbedeutenden Objekten eines kapitalistischen Systems zu machen – und damit müssen wir Schluss machen.



Für viele von uns sind die ersten Erfahrungen mit Flucht aus der sogenannten „Migrationsbewegung von 2015“ in deren Folge die rassistischen Hetzer, die heute in unserer Regierung sind, an die Macht ge-



kommen sind. Damals sind aufgrund von Kriegen im Nahen und Mittleren Osten, die schon seit Jahrzehnten von Europa und den USA befeuert werden, tausende Menschen nach Europa gekommen und einige leben auch bis heute noch hier. Doch Migration hat nicht damals angefangen. Es gab in der gesamten Menschheitsgeschichte schon Menschen die von einem Ort an einen anderen gezogen sind. Egal ob es jene waren, die in den 1990ern aus Südeuropa nach Österreich gekommen sind oder in den 1970ern aus der Türkei. Österreich, insbesondere Wien, war schon immer ein Land, eine Stadt in der Leute aus den unterschiedlichsten Kontexten zusammengekommen sind. Wider den rassistischen Hetzen, die auch Medien heute weitgehend übernommen haben, lebten ei-



gentlich noch nie so wenige Menschen aus unterschiedlichen Gebieten in Wien. Bis zum zweiten Weltkrieg war Wien ein buntes Gemisch aus Leuten aus der ganzen Welt (insbesondere aus allen europäischen Staaten). Dies kannst du auch heute noch zum Beispiel daran sehen, dass viele Wiener Dialektwörter aus dem Tschechischen, Ungarischen, Türkischen oder aus dem Jiddischen kommen.

Aber die rassistischen Hetzer im Staat, gemeinsam mit den Handlangern bei der Polizei und denen, die sich selber nur über das vermeintliche Anders-Sein rassistisch selbst definieren, wollen uns einreden, dass es etwas schlechtes ist, wenn andere Menschen zu uns kommen. Wir gehen hier gar nicht auf die einzelnen „Argumente“ ein, weil es sinnlos ist. Wir geben keinem in sich rassistischem Diskurs nach. Was wir aber überzeugt wissen ist, dass jeder



Mensch das Recht hat zu leben und zwar nach eigenen Vorstellungen, Wünschen und Bedürfnissen. Dass Menschen abgeschoben werden – ja schon die grundsätzliche Idee von Abschiebungen – widerspricht dem so grundlegend, dass es unsere Pflicht ist dagegen aufzustehen, laut zu sein und zu verhindern wo immer wir können.

Doch was sollen wir tun? Es gibt verschiedene Dinge, die jetzt schon viele Menschen machen, aber wie wir sehen können ändert sich nichts – weil sie auch schon grundlegend nicht funktionieren können. Wir wollen nur kurz ein paar Beispiele geben:

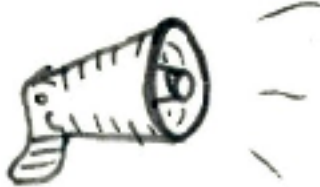
Der Rechtsweg. Viele Menschen probieren auf dem offiziellen Rechtsweg, innerhalb der Korridore die der Staat vorgibt, legales Asyl in Österreich zu bekommen. Das ist natürlich gut für die Menschen, für die es so funktioniert. Allerdings ist dieses Asyl meistens an weitreichende Vorgaben gebunden mit denen Menschen gezwungen werden sollen sich zu „integrieren“ (was dann nichts anderes bedeutet also sie sollen leise sein, nicht aufbegehren, im Kapitalismus funktionieren und nichts bekommen, dafür aber viel an den Staat zahlen). Allerdings ist das Problem, dass sobald eins diese „Rechte“ anerkennt, eins auch anerkennen muss, dass diese „Rechte“ beinhalten, tausende Menschen abzuschieben.



Denn wer akzeptiert, dass es etwas wie „legales“ Asyl oder einen „legalen“ Aufenthaltsstatus gibt, akzeptiert auch, dass es etwas „Illegales“ gibt und stimmt damit den systemimmanenten rassistischen Strukturen zu. Unser Rechtssystem bietet auch keine andere Möglichkeit – dies sollte nur noch klarer machen, weshalb wir uns dem nie hingeben dürfen: das menschliche Recht auf Leben wird nicht durch irgendeinen rassistischen Staat legitimiert sondern muss immer schon unabdingbar vorhanden sein.



Druck auf Politiker*innen ausüben. Viele versuchen auch Druck auf einzelne Politiker*innen auszuüben um sie dazu zu bewegen Einfluss auf Abschiebe-Entscheidungen zu nehmen. Mal davon abgesehen, dass das sowieso kaum Erfolgsaussichten hat:



Politiker*innen – und zwar ausnahmslos – sind feige Unterstützer*innen der Polizei und ihre besten Kompliz*innen. Sie sind aber nicht diejenigen, die dann die „Drecksarbeit“ machen und deshalb glauben wir ihnen zuschreiben zu können, das Problem zu lösen? Absolut nicht! Sie sind um keinen

Deut besser als die Polizist*innen die mit Waffengewalt Menschen in Flugzeuge stecken und dann abschieben. Die Gewalt der Politiker*innen ist aber nochmal heimtückischer als die der Polizist*innen: Die Polizei hat eindeutige Mittel der Gewalt: Pistolen, Sturmgewehre, Wasserwerfer, Tränengas, Räumpanzer und vieles mehr. Die Gewalt, und damit die Macht der Politiker*innen, ist auf den ersten Blick ein wenig verdeckter, denn sie beruht nur darauf, dass wir ihnen die Macht freiwillig geben. Wenn wir das allerdings nicht tun wird ihre Macht durchgeprügelt. Da die Polizei diejenigen sind, die das für sie tun, werden sie auch immer auf der Seite der Polizei stehen. Weil sie Angst haben, dass sie ihre Macht nicht mehr ausüben können wenn ihnen die Handlanger wegfallen.

Eine Konsequenz davon, dass Druck auf Politiker*innen ausgeübt wurde ist, dass es jetzt so etwas wie FRONTEX gibt. FRONTEX ist eine Behörde der EU, die eigentlich die einzelnen Nationalstaaten dabei unterstützen sollte, Flüchtende aufzunehmen und zu verteilen: Was daraus in der Realität geworden ist, ist, dass es jetzt an der EU-Außengrenze eine militärische Organisation gibt, die Menschen absichtlich ertrinken lässt. Die riesige Schiffe hat und damit zu kleinen und überladenen Flüchtlingsbooten im Mit-



telmeer fährt, um Wellen zu erzeugen, die die kleinen Boote zum Kentern bringen. Das Ziel ist es, die Flüchtenden entweder zur Umkehr zu zwingen oder gleich zu töten. Bald müssen sie sich aber nicht einmal mehr um diese Boote kümmern: Unter anderem hat FRONTEX durchgesetzt Hubschrauber für die Mittelmeerüberwachung zu bekommen. Dahinter steckt ein perfider Plan, der die Idee von FRONTEX recht gut veranschaulicht: Nach internationalem Seerecht sind alle Schiffe verpflichtet in Not geratenen Schiffen und den Leuten darauf zu helfen. Das würde für Boote mit Flüchtenden beinhalten, dass die Leute in den nächsten sicheren Hafen gebracht werden müssen. Da sie jetzt Hubschrauber haben gilt das für FRONTEX in dieser Form nicht mehr.

Wählen. Oft hören wir, dass die Menschen nur anders wählen brauchen um etwas an, zum Beispiel, einer rassistischen Abschiebep Praxis zu verhindern. Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie schon längst verboten. Wie auch gerade erklärt, hat es genau so wenig Sinn andere Politiker*innen zu wählen, wie Druck auf sie auszuüben. Sobald sie die Macht haben, werden sie sie missbrauchen. Das beste Beispiel dafür ist wohl die Partei „Die Grünen“. Sie jahrzehntelang vermeintlich gegen Abschiebungen und Rassismus einsetzen und dann, sobald sie in der Regierung sind, aber sind sie genau so rassistisch wie alle anderen. Nur verzapfen sie daneben noch halbherzige Lippenbekenntnisse („Sehr schlimm, könn ma aber nix machen.“) oder berufen sich auf eine Verteidigung beziehungsweise aktive Durchführung dieser menschenverachtenden Praxen (das Justizministerium zum Beispiel liegt ja aktuell auch bei den Grünen).



Friedlicher Protest. Immer wieder gibt es friedlichen Protest gegen Abschiebungen. Dieser beruht meistens auf einer Rhetorik, die uns schon in der Schule so beigebracht wird, die zum Beispiel auf Martin Luther King Jr. beruht. Die Bürgerrechtsbewegung von damals war allerdings gar nicht so friedlich, wie uns immer vorgere-



det wird. Wenn du dich einmal selber damit auseinandersetzt wirst du bald bemerken, welche Elemente des Protests wichtig waren und auch Konsequenzen hatte: Es waren (teils militante) Direkte Aktionen, bewaffnete Selbstverteidigung, Aufruhr und ziviler Ungehorsam. Wer sich von solchen Aktionen distanziert oder

sie schlecht redet spaltet die Bewegungen, schützt die herrschende Ordnung und verbirgt vor allem die historischen Tatsachen von gesellschaftlichem Wandel.

Was bleibt uns also zu tun, wenn auch friedlicher Protest nichts bewirkt? Vielleicht sind an diesem Punkt die Grundideen des bürgerlichen, liberalen Protests ausgeschöpft. Allerdings braucht uns das nicht zu bedrücken, denn bürgerlicher, liberaler Protest auf diese Art und Weise hat auch noch nie etwas verändert. Erst diese verwaschene, unsinnige Auffassung so etwas ändern zu können, hat uns in die jetzige Situation geführt.

Weder das Bestehen auf sogenannte „Rechte“ noch die Einflussnahme auf Politiker*innen wird also etwas an dieser Praxis ändern. Wir müssen uns also außerhalb dieses Rahmens bewegen um daran etwas zu ändern. Die einzige Lösung ist die Direkte Aktion, also die direkte Verbesserung der Lebensbedingungen dadurch, dass wir alle unser Leben selbst in die Hand nehmen und uns unsere Welt nach unseren Vorstellungen gestalten.



Dafür braucht es vor allem drei Dinge:

Kollektive Selbstverteidigung aufbauen. Wir verteidigen uns. Also unsere gemeinsamen Orte. Das sind unsere Wohnungen, unsere Grätzler, unsere Stadtviertel und unsere Städte. Wir verteidigen sie vor den Übergriffen des Staates auf alle Betroffene und vor den Eingriffen in das menschliche Recht auf Leben. Dazu ist es notwendig, dass wir alle das notwendige Wissen und Können haben um dagegen anzukämpfen – unabhängig davon welche Formen das annimmt. Vor allem ist es wichtig Wissen zu teilen und zwar so, dass alle Menschen daran teilhaben können.



Ressourcen durch gegenseitige Hilfe teilen. Ein Kampf kann nie alleine geführt werden. Wir müssen uns aufeinander verlassen können. Hierbei sind Ressourcen materiell aber vor allem auch psychisch gemeint.

Das Problem an der Wurzel packen. Die komplette Abschaffung des Staates und seiner Handlanger und die Ersetzung durch die Selbstverwaltung der Menschen ohne Macht und Gewalt. Also ist es unsere Pflicht wenn wir gegen Abschiebungen auftreten wollen auch immer Selbstverwaltung aufzubauen.



Repression und das unterdrückende System oder "Wer profitiert davon?"

Selbstverständlich wollen die Politiker*innen und Konzerne ihre Macht nicht einfach aufgeben, weshalb sie sich gerne hinter dem Konstrukt des Rechtsstaats verstecken, indem sie behaupten es gäbe universell gültige Gesetze die allen nutzen, in Wahrheit aber nur sie vor der Wut der Ausgebeuteten schützen.

Weil dieser Schwindel allerdings immer nur so lange funktioniert, wie sich alle auch mehr oder weniger brav an seine Vorgaben halten, nicht aufbegehren, oder versuchen ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und es denen, die von ihm profitieren natürlich ein großes Anliegen ist die Illusion der Ordnung und des "Rechts" im Staat aufrecht zu erhalten haben Machthaber*innen seit jeher loyale Schlägertrupps, welche die, die nicht gefügig sind, unschädlich machen sollen - gesetzeskonform versteht sich...



Wer Kritik am System hat, hat angeblich die Möglichkeit sie einzubringen. Wahlen, Petitionen, friedliche Demonstrationen. Alles im gesetzlichen Rahmen. Alles ohne tatsächliche Wirkung.

Sobald eine Taktik zur Selbstermächtigung zu erfolgreich wird, wird sie verboten und die Schläger aufgefahren. Was für die Fabriksbesitzer im Italien des frühen 20. Jahrhundert die Faschisten waren [3], ist für den gütigen modernen Rechtsstaat die Spezialeinheit.



Die Gesetze werden zeitnah angepasst und die öffentliche Meinung manipuliert um die Unterdrückenden als Retter der Mehrheit zu inszenieren.

Blockaden, Streiks, Besetzungen und der Schwarze Block werden als schädlich für die Allgemeinheit dargestellt, die solidarische Gruppe als "Schlepper*innen-Bande" und die, die die den ganzen Mist durchschaut haben und Worten Taten folgen lassen als "Terroristische Vereinigung".

Neben der Rechtfertigung der offensichtlichen, direkten Gewaltausübung durch die Polizei sowie der darauf folgenden Zermürbung im Justizsystem und der Wahrung des öffentlichen Ansehens der Herrschenden hat die Strategie außerdem noch einen praktischen Nebeneffekt: die Spaltung der ausgebeuteten Klasse.

Eine Massenbewegung ist unaufhaltbar und ein Aufstand muss erst niedergeschossen werden aber Individuen die nicht zusammenhalten landen schnell in Einzelzellen.



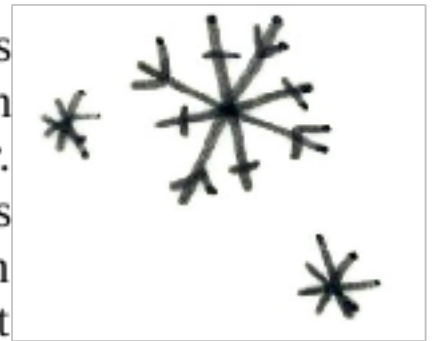
[3] Die Anfänge der faschistischen Bewegung in Italien finden sich unter anderem bei sogenannten „Streikbrechern“: Fabriksbesitzer bezahlten faschistische (para-)militärische Gruppen um streikende Arbeitende zu verprügeln oder umzubringen und sozialistische und anarchistische Demonstrationen anzugreifen.



Schlusswort

Warum den Kampf nicht aufgeben?

Wenn du gegen das gesamte Konstrukt, das gesamte Konzept von Abschiebungen kämpfst, dann hast du etwas Großes vor dir. Wir alle wissen, dass es einfach richtig ist das zu tun aber viele von uns verzweifeln auch daran. Du bist vielleicht direkt konfrontiert



mit Stammtisch-Patriot*innen und gewaltbereiten Polizist*innen aber diese sind nur der Ausdruck des Systems gegen das du kämpfst. Wenn du gegen Abschiebungen kämpfst, kämpfst du gegen die gesamte Idee von Staaten. Du kämpfst gegen das kapitalistische System.

Du kämpfst gegen eine Übermacht.

Diese Übermacht ist allgegenwärtig – sie hat auf unser gesamtes Leben übergreifen und kontrolliert unser Handeln, unser Tun, unsere Möglichkeiten. Viele Menschen haben resigniert (oder gar nicht erst aufbegehrt) in Anbetracht dieser Übermacht: Sie haben sie internalisiert und die Konzepte und Ideen die vorgegeben werden, werden gar nicht mehr hinterfragt.

Es sind die Menschen, die dir dann erzählen, dass der Staat wichtig ist für ein gutes Leben für uns alle.

Es sind die Menschen, die dir dann erzählen, dass es die Polizei doch bräuchte weil es halt keine Alternative gibt. (lol)

Es sind die Menschen, die dir dann erzählen, dass Abschiebungen eben dazu gehören.

Sie sagen dir damit kurzum, dass die Übermacht notwendig wird für ein lebenswertes Leben.



Allerdings ist es doch genau diese Übermacht (in welcher Form auch immer sie dann auftritt), die das lebenswerte Leben für uns alle verhindert. Wir werden in individualistische, kapitalistische,



marktgesteuerte Wesen verwandelt – so lange, bis wir nicht mehr aufbegehren wollen – bis wir uns selber einreden, dass es schon ganz gut ist, dass die Dinge so sind, wie sie sind.

Der Kampf dagegen wird niedergeschlagen von dieser Übermacht. Das war es, was sie schon immer gemacht hat. Die Polizei gibt es nur, da es Menschen gibt, die eben genau das nicht wollen und können. Den Staat gibt es nur, weil die Übermacht zur eigenen Legitimation ein Märchen von schlechten Menschen und absolutem Chaos wenn es den Staat nicht gäbe erfinden musste.

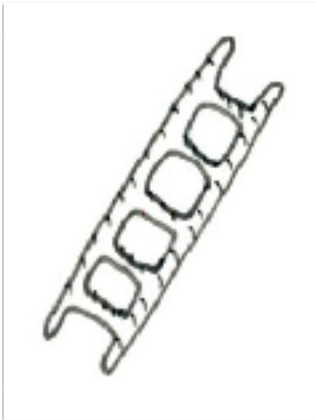
Und ein Ausdruck – einer dem wir uns heute widmen auch wenn es nur einer von vielen ist – ist die Existenz von Abschiebungen. Wer sich der Übermacht ergibt glaubt dann, dass die Vernichtung einer Existenz die Notwendigkeit für die andere Existenz ist. Also Abschiebungen sind notwendig, damit es uns ja ach so gut gehen kann.

Es ist also die Übermacht, die einerseits lebenswertes Leben verhindert und allgegenwärtig ist aber andererseits immer schon ihre Gegensätze, die sie vermeintlich überwindet, selbst hervorruft oder gar nicht bezwingen kann.

Wir funktionieren auch grundsätzlich anders als diese Übermacht – die Übermacht ist trist, strikt, obrigkeitshörig, isoliert, autoritär und traurig. Mehr wird sie uns auch niemals bieten können.



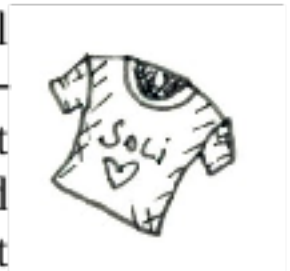
Wir aber, wir schöpfen aus der Freiheit, aus dem Willen zur Gestaltung. Wir schöpfen aus dem Drang zur Gemeinsamkeit statt zur Isolierung. Aus dem menschlichen Drang, die Welt zu interpretieren.



In diesem Widerspruch zu leben ist nicht einfach – gegen diesen Widerspruch anzukämpfen ist noch viel schwieriger.

Uns kann die Macht nicht einhegen ohne sich selbst abzuschaffen. Sie muss sich darauf verlassen, dass wir das selbst sein lassen und aufgeben.

In diesem Kampf sind schon viele Genoss*innen, Gefährt*innen und Freund*innen verloren gegangen. Einige wurden von den Staatslakai*innen, den Polizist*innen und Richter*innen, niedergewürdigt um sie als abschreckendes Beispiel zu verwenden und die Stimme des Widerspruchs zu unterdrücken, weil sie diese nicht mit ihrem System vereinbaren konnten. Einige haben sich selbst durch Überengagement hervorgetan oder wurden in diese Rolle gedrängt und wenn die Last auf der Schulter einer Person liegt führt das zur Vereinzelung und Isolierung. Also genau zu dem, was die Übermacht aus uns machen will. Denn für sie sind Isolierung und Vereinzelung systemimmanent.





Wir alle haben uns schon mal überfordert gefühlt und es ist in Anbetracht der Umstände auch nicht überraschend. Wichtig ist aber wie wir kollektiv und gemeinsam damit umgehen. Tragen wir den Kampf auf vielen Schultern aus oder folgen wir der vorgegebenen Vereinzelung des Systems?

Die Überwindung dieser Zustände können wir nur gemeinsam schaffen.

Du kämpfst gegen eine Übermacht. Dieser Kampf wirkt vielleicht häufig aussichtslos. Aber du kämpfst nicht alleine. Wir alle kämpfen gegen die selbe Übermacht. Und wir werden immer mehr.

Selbst wenn Kämpfe aussichtslos wirken, ist dieser Kampf den wir gemeinsam gegen Abschiebungen führen ein logischer Ausdruck der Probleme des Systems in dem wir leben müssen. Und dieser Kampf kann uns inspirieren – und er kann auch alle anderen inspirieren. Denn: Das System kann nicht gewinnen. Es kann sich nur noch erhalten oder scheitern. Wenn es scheitert gibt es kein Zurück.



Die Frage ist:

Lassen wir es bleiben und scheitern mit dem System?

Oder scheitert das System an uns?

Hinter den Barrikaden bist du niemals allein!



*Die einzelnen Texte wurden von verschiedenen
Personen geschrieben und hier zusammengetragen*

"Grenzen Töten"

1. Auflage Mai 2021

Anarchosyndikalistische Jugend Wien

asj_wien@riseup.net



**Brick by brick, wall by wall -
make the fortress Europe fall**

**Europe, Frontex, and police -
stop killing refugees**

**Nazis morden, der Staat schiebt ab -
das ist das gleiche Rassistenpack**

Staat, Nation, Kapital? Scheiße!

**No nation, no border - fight law and order
no border, no nation - stop deportation**

**Grenzen von der Karte streichen -
Staaten müssen Menschen weichen**

No justice, no peace - fight the police

Wir sind nicht alle - es fehlen die Gefangenen

Whose streets? Our streets!

**We are here and we will fight -
freedom of movement is everybodys right**

Um Europa keine Mauern - Bleiberecht für alle und auf Dauer!

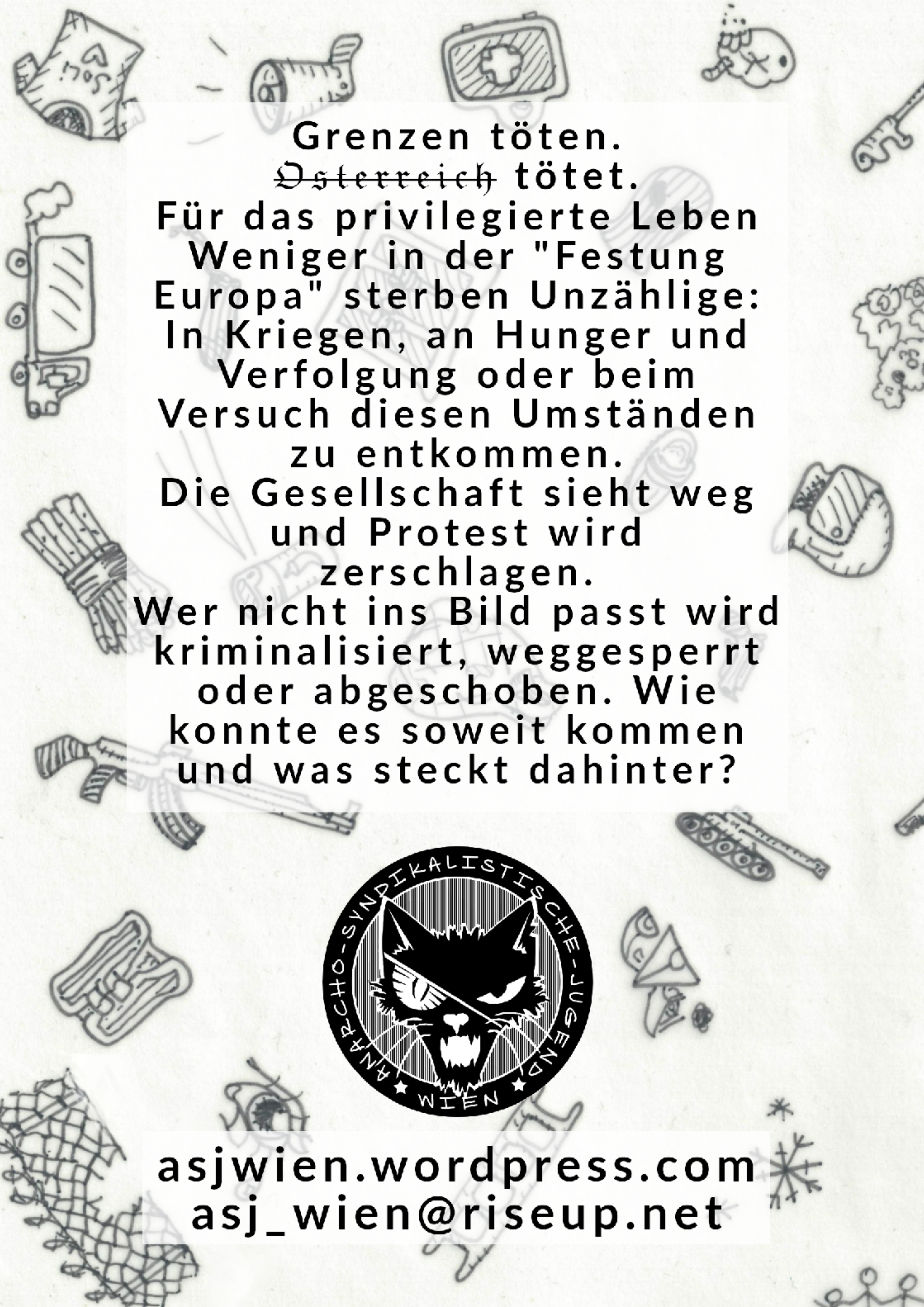
Grenzen auf – überall - Stacheldraht zu Altmetall

Ohlala Ohlélé, solidarité avec les sans-papiers

Kein Mensch ist illegal - Bleiberecht überall

**Solidarität muss Praxis werden -
Feuer und Flamme den Abschiebebehörden**





**Grenzen töten.
~~Osterreich~~ tötet.
Für das privilegierte Leben
Weniger in der "Festung
Europa" sterben Unzählige:
In Kriegen, an Hunger und
Verfolgung oder beim
Versuch diesen Umständen
zu entkommen.
Die Gesellschaft sieht weg
und Protest wird
zerschlagen.**

**Wer nicht ins Bild passt wird
kriminalisiert, weggesperrt
oder abgeschoben. Wie
konnte es soweit kommen
und was steckt dahinter?**



**asjwien.wordpress.com
asj_wien@riseup.net**